5. Festigung der Verbindung zum Rundfunk. Berichte aus der praktischen Arbeit, Heranführung der Werktätigen an die täglichen Probleme und Aufforderung, ihre Meinung zu äußern. Berichte aus Jugendhäusern und Beispiele davon, wie straffällig gewordene Jugendliche zu brauchbaren Bürgern unseres Staates wurden.

6. Durchführung von Justizforen in Verbindung mit den Gerichten, den Justizverwaltungsstellen und evtl. den U-Organen. Auswertung der Fragen und Antworten in kollektiver Beratung der genannten Organe.

7. Verbesserung der politischen Massenarbeit durch stärkere Herausstellung der Wahrung der Rechte der Werktätigen. Mitarbeit in den Abgeordneten-Kabinetten, Bürgermeisterbesprechungen, Teilnahme an Beratungen der Haus- und Straßenvertrauensleute. Weniger Schulungen, mehr praktische Anleitung in der Durchführung der Aufgaben, z. B. Teilnahme an Konfliktkommissionen und sofortige Auswertung im Anschluß an die Sitzungen der Konfliktkommission, Auswertung von Fällen, in denen ein Verfahren nicht eingeleitet wurde, z. B. bei Diebstahl im Betrieb.

8. Auswertung der Beschwerden gegen Maßnahmen der Staatsanwaltschaft. Bei Antworten sich nicht auf überholte Entscheidungen berufen, sondern Betrachtung unter den neuen Gesichtspunkten; regelmäßige Analysen, Einhaltung der Beschwerdeordnung hinsichtlich der Bearbeitungsfristen und der Gesetzlichkeit der Entscheidung.

II

Strikte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit und Wahrung der Rechte der Bürger

a) Strafsachen

1. Prüfung, welche Verfahren unter der neuen Betrachtungsweise ungerechtfertigt eingeleitet wurden und welche Verfahren zu Unrecht nicht eingeleitet wurden. Beachtung der Rede Walter Ulbrichts auf der Zehn-Jahresfeier der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Untersuchungen darüber, ob gewisse Elemente die neue Situation ausnutzen und „dummes Gerede und Gerüchtemacherei“ organisieren.

2. In jeder Arbeitsbesprechung an Hand von Einzelfällen diskutieren über neue Maßstäbe und solche, die für jetzige Begriffe überlebt sind.

3. Regelmäßige Kontrolle der Einhaltung der Fristen bei den U-Organen und in der eigenen Arbeit, wie z. B. bei Haftbeschwerden. Fristverlängerungen nur dann, wenn die Verlängerung in der Sache selbst begründet liegt.

4. Gewissenhafte Prüfung der Voraussetzungen für die Beantragung eines Haftbefehls, ständige Überwachung der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines Haftbefehls. Einmal im Quartal im Kollektiv der Staatsanwälte, Richter und U-Organen die Haftbefehlspraxis auswerten. Unterbinden von ungerechtfertigten Festnahmemethoden bei den U-Organen.

5. Zur richtigen Würdigung der Persönlichkeit des Beschuldigten sind Kollektivbeurteilungen anzustreben. Ihre Erarbeitung sollen evtl. BGL, BPO und Schöffen gemeinsam vornehmen.

6. Mehr Beachtung dem Recht auf Verteidigung. Nach § 80 Abs. 2 StPO ist die Verweigerung der Akteneinsicht die Ausnahme, die Gestattung der Einsichtnahme die Regel. Beweisanträge der Verteidigung werden vom Gericht sorgfältig geprüft, und die staatsanwaltschaftliche Stellung zu ihnen muß präzise sein.

7. Alle laufenden Fahndungen sind bis zum 30. September 1956 nach der noch erscheinenden Rundverfügung des Generalstaatsanwalts der Deutschen Demokratischen Republik zu überprüfen.

b) Zivil- und Arbeitsrecht

1. Mitwirkung in den Verfahren, welche Wandlungs- und Minderungsansprüche der Käufer letzter Hand gegen HO und Konsum zum Gegenstand haben.

Mitwirkung in den Verfahren, in welchen auf Erfüllung von Garantieverprechen (Garantiescheine) gegen HO, Konsum oder Produktionsbetriebe geklagt wird.

2. Mitteilung mangelhaft geführter Zivil- und Arbeitsrechtsverfahren, die nicht kassiert werden sollen oder nicht kassiert werden können, zur Auswertung an die Justizverwaltungsstellen der Bezirke bzw. über die Abteilung IV der Obersten Staatsanwaltschaft an die Abteilung Arbeitsrecht des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung.

3. Engste Zusammenarbeit mit dem FDGB. Gründung von Konfliktkommissionen in den Abteilungen der Großbetriebe, in Betrieben unter 200 Beschäftigten, in der Landwirtschaft, in Privatbetrieben. Häufigere Teilnahme an Sitzungen und Anregungen, sich in den Konfliktkommissionen kritisch mit Betriebsvorgängen auseinanderzusetzen, sowie Auswertung der Ergebnisse im unmittelbaren Anschluß an die Sitzungen der Konfliktkommissionen.

4. Einwirkung auf umfangreichere und bessere Vertretung der Werktätigen in Arbeitsrechtsstreitigkeiten durch den FDGB; Verhinderung der Erscheinung, daß Mitglieder der BGL den Betrieb gegen einzelne Werktätige vertreten.

5. Beobachtung der Realisierung der Arbeitsordnungen, welche im Bereich der Ministerien für Allgemeinen Maschinenbau, für Leichtindustrie und im Bereich des früheren Ministeriums für Schwermaschinenbau erlassen worden sind, in einigen Schwerpunktbetrieben.

c) Allgemeine Aufsicht

1. Auf dem Gebiet des Vorschlags- und Erfindungswesens muß gewährleistet werden, daß Verbesserungsvorschläge nicht im Betrieb durch Meister usw. zurückgehalten und daß die genutzten Verbesserungsvorschläge den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend vergütet werden.

2. Kontrolle der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten bei der Wahrnehmung wichtiger staatspolitischer Funktionen, z. B. als Volksvertreter, insbesondere mit Hinblick darauf, daß diesen durch die Wahrnehmung der Funktionen keine Nachteile erwachsen.

3. Kontrolle der regelmäßigen Rechenschaftslegungen der Betriebsleitungen über den BKV, um dadurch die demokratische Kontrolle durch die Werktätigen zu fördern.

4. Überwachung der Durchführung der gesetzlichen Überstundenregelung.

5. Zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen gehört auch die Verminderung der Ausschubarbeit. Es ist darauf zu achten, daß auf der Grundlage der Untersuchung der Ursachen der Ausschubarbeit die Bezahlung entsprechend dem Grad des Verschuldens erfolgt.

6. Überprüfung der Einhaltung der Verordnung über das Ordnungsstrafverfahren, insbesondere darauf, daß Ordnungsstrafen nur von dazu befugten Organen ausgeworfen werden und daß als Grundlage für die Bestrafung nur Strafvorschriften angewendet werden, die von den gesetzlich zuständigen Organen erlassen worden sind.

7. Überprüfung der Einhaltung der Disziplinarordnung vom 10. März 1955 besonders darauf, daß nur zulässige Disziplinarstrafen ausgesprochen und daß die grundlegenden Verfahrensbestimmungen eingehalten werden, insbesondere bei fristlosen Entlassungen und Versetzungen in eine niedrigere Funktion.

Methodische Hinweise

Auf der Grundlage dieses Rahmenarbeitsplans sind die Arbeitspläne der Staatsanwälte der Bezirke und Kreise zu erarbeiten. Dabei sind die Aufgaben dieses Rahmenarbeitsplans entsprechend den örtlichen Gegebenheiten zu konkretisieren.

Anhang für die Bezirke

Aufgaben der Haftaufsicht:

Zur Verbesserung der Umerziehung der Strafgefangenen bei gleichzeitiger Beachtung aller Sicherheitsmaßnahmen ergeben sich für die Haftaufsicht im III. Quartal 1956 folgende Aufgaben: